

TRANSNATIONAL FORCE OF LAW

FUNDED BY THE EUROPEAN RESEARCH COUNCIL

Publikation im Rahmen des ERC Projektes

TRANSNATIONAL FORCE OF LAW

unter der Leitung von Andreas Fischer-Lescano

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie
unter: www.tfl.uni-bremen.de

This project has received funding from
the European Research Council (ERC)
under the European Union's Horizon
2020 research and innovation
programme (ERC-2014-CoG, No.
647313-Tansnational Force of Law,
Andreas Fischer-Lescano)



European Research Council

Established by the European Commission

TRANSNATIONAL FORCE OF LAW (gefördert durch den European Research Council)
Universität Bremen — Zentrum für Europäische Rechtspolitik
Büro: Mar Escudero Morón • Telefon +49(0)421 218-66 201 • Fax +49(0)421 218-66 230
Universitätsallee GW1 • 28359 Bremen

www.tfl.uni-bremen.de

Normativität der akademischen Linken

Die Dekonstruktion suspendiert die Gerechtigkeitsfrage nicht, sie stellt sie erst in ihrer Radikalität

Andreas Fischer-Lescano

Glaubt man Albrecht Koschorke, liegt die akademische Linke normativ in Schutt und Asche. In einem Beitrag in der Neuen Züricher Zeitung („Die akademische Linke hat sich selbst dekonstruiert.“) kritisiert er den Poststrukturalismus und insbesondere die durch den französischen Philosophen Jacques Derrida begründete Dekonstruktion dafür, die Selbstdemontage europäischer Denktraditionen auf die Spitze getrieben zu haben. Die dekonstruktive Infragestellung von Wahrheit und Wirklichkeitsreferenz, die mittlerweile an den europäischen Universitäten vorherrsche, habe den Weg zum „postfaktischen Zeitalter“ geebnet, in dem sich Ethnonationalisten und Rechtspopulisten mit „anarchistischer Zerstörungsfreude“ daran machten, die Abrissarbeiten der Postmodernen zu beenden. Stephen Bannons Formulierung, dass der amerikanische Staat „dekonstruiert“ gehöre, sei die Konsequenz einer linksalternativen Demokratie- und Ideologiekritik, die im Schatten der liberalen Ordnung als deren Kritik gedeihen konnte, ohne sich darüber zu vergewissern, wie man die kritisierten Institutionen gegen Kritik von rechts verteidigen könne und auf welcher normativen Grundlage dies geschehen solle.

Kontrafaktische Kritik

Scharfe Worte. Sie sind offensichtlich der Epochenbildung Koschorkes selbst voraus, da sie selbst noch das postfaktische Universum verlassen und sich stattdessen als kontrafaktisch präsentieren. Mit der akademischen Welt, wie sie ist, hat Koschorke Erzählung jedenfalls nichts zu tun.

Linke oder gar postmoderne Theorie ist an Europas Fakultäten eine Randnotiz. Das gilt für die Philosophie, die Rechtswissenschaft, die Politikwissenschaft und auch die Soziologie. Eine solcherart schon an den Universitäten marginalisierte Gruppe der Urheberschaft für das Erstarken rechtsgesinnter Postfaktizität in der Politik zu bezichtigen, ist ein absurder Vorwurf. Denn die Ursache für den Zulauf zur Rechten liegt nicht in postmoderner Theorie, sondern basiert auf enttäuschten Hoffnungen, wachsender Ungleichheit und einem radikalen Politikversagen von Regierungen, von denen in Europa in den letzten Jahrzehnten keine einzige dezidiert linke Politik gemacht hat.

Und auch inhaltlich ist es durchaus verwegen, die Dekonstruktion für postfaktische Politikstile und den Verfall der normativen Grundlagen der Politik verantwortlich zu machen. Das Vertrauen in diese Grundlagen eruiert durch heuchlerische politische Praxis und nicht durch linke Theorie. Wenn die Dekonstruktion einen Beitrag zum Glaubwürdigkeitsverlust der Politik getätigt hat, denn nicht den, die normativen Grundlagen verwässert, sondern den, den Widerspruch tatsächlicher Politik mit den normativen Idealen aufgezeigt zu haben.

Poststrukturalismus und postfaktische Politik sind inkompatibel. Während die Dekonstruktion auf die Destabilisierung von fragwürdigen Wahrheitsbehauptungen zielt, geht es der postfaktischen Politik darum, eine andere, alternative Wahrheit zu etablieren, um auf ihrer Grundlage Politik zu machen.

Gerade Derrida steht in dieser Debatte nicht für Beliebigkeit, sondern für eine normative Kritik an einem verlogenen moralischen Universalismus. So hat Derrida auch die Idee der Menschenrechte nicht relativiert. Seine Dekonstruktion ist vielmehr Auftrag und Warnung, die die Augen nicht davor zu verschließen, dass im Namen der Menschenrechte auch Schreckliches geschieht. Diese Kritik stellt die Frage der Menschenrechte, aber auch die Fragen nach Gerechtigkeit, Wahrheit, Vergebung in ihrer Radikalität, indem die mit diesen Fragen unvermeidlich zusammenhängenden Widersprüche, Paradoxien und Aporien sichtbar gemacht werden.

Die Behauptung eines genealogischen Zusammenhangs von Dekonstruktion und Postfaktizität erkennt, dass die dekonstruktive Bewegung – und insofern unterscheidet sie sich radikal von postfaktischen Unternehmungen – gerade in dem Versuch besteht, diese normativen Versprechen beim Wort zu nehmen, um dadurch die Praxis liberaler Gesellschaft über sich selbst hinaus zu treiben. Dabei entpuppte sich aber diese vermeintlich liberale Ordnung an vielen Stellen als sehr viel imperialistischer, gewaltförmiger, unwahrhaftiger als die Akteure es selbst beschreiben. Insbesondere sobald man seinen Blick über den eigenen Vorgarten hinaus erweitert hat. Interesse dafür, wie es den "Regenwaldvölkern" (Korschorke) geht, ist dabei kein Relativismus, sondern ein Gebot der Verantwortung, für die Folgen imperialer Lebensweise einzustehen. Dabei ist es bezeichnend, dass nicht der Liberalismus sondern die pluralistischen Traditionen diese eigentlich selbstverständliche Erkenntnis in Erinnerung gerufen haben.

Zwischen Etatismus und Kosmopolitismus

Aber hat Koschorke nicht auch ein wenig recht darin, dass sich die akademische Linke, normativ verunsichert wie sie ist, nicht hinreichend gegen rechts abgegrenzt und sich stattdessen in einen Prozess der Selbstzerfleischung begeben hat? Ist es etwa falsch, dass sich linke Etatisten wie Andreas Nölke und linke Kosmopolitinnen wie Seyla Benhabib gegeneinander in Stellung bringen, während rechte Ideologen sich zu Verteidigern der offenen Gesellschaft erklären, die sich anders als die alteritätsfixierte Linke wenigstens darum sorgt, was Gesellschaften zusammenhält? Und ist es schließlich nicht so, dass sich diese akademischen Frontlinien auch im politischen Alltag der Linken widerspiegeln?

Und in der Tat: Statt eine eigene, gemeinsame positive Vision sozialer Gerechtigkeit zu entwickeln und rechter Propaganda eine Perspektive linker Emanzipationspolitik entgegen zu setzen, verstrickt sich die Linke in wechselseitige Anschuldigungen, mit denen die Lager sich gegenseitig diskreditieren und im falschen Widerspruch nationaler Etatisten und kosmopolitischer Utopisten die wahren Widersprüche aus den Augen verlieren. Die Komplexität der gesellschaftlichen Widersprüche macht einfache Antworten unmöglich. Unten oder oben, Verlierer oder Gewinner im Sozialen zu sein, folgt dabei keiner einheitlichen ökonomischen Logik, aus der heraus alles abzuleiten oder in Haupt- und Nebenwidersprüche einzuordnen ist, sondern die Herrschaftsverhältnisse sind intersektional und überschneiden sich. Antirassismus, Gender-Gerechtigkeit, postkoloniale Kritiken der imperialen Lebensweise sind dabei kein Gedöns, sondern mit den ökonomischen Fragen aufs Engste verwoben.

In der Suche nach Antworten auf diese intersektionalen Dominanzlinien verfahren linke Perspektiven aber erschreckend stereotyp und ohne gestalterische Idee, wie die nationalen, supranationalen und globalen Arenen der Kämpfe miteinander verknüpft werden können. Im Gegenteil: mit zerstörerischer Energie gehen nationale und kosmopolitische Linke aufeinander los.

Es würde schon ausreichen, wenn national ansetzende Emanzipationspolitik anerkennen würde, dass die globale Ebene eine wichtige Arena politischer Auseinandersetzung ist, weil sich nationale Sozialpolitik eben effektiver und gerechter gestalten lässt, wenn die Impulse auf europäischer und globaler Ebene nicht nur neoliberal sind. Insofern ist es kontraproduktiv, wenn der Frankfurter Politikwissenschaftler Andreas Nölke in Interviews anlässlich des Erscheinens seines Buches „Linkspopulär“ eine kosmopolitische Position, die auf der Notwendigkeit grenzüberschreitender Politikgestaltung beharrt, dadurch definiert, dass für sie charakteristisch sei, dass sie „den unteren Teil der Bevölkerung nicht vor der Globalisierung schützt.“ Zugleich muss eine poststaatlich ansetzende Linke anerkennen, dass nicht jeder Verweis auf die Grenzen der sozialen Akzeptabilität – beispielsweise im Hinblick auf eine solidarische Migrationspolitik – sofort in einer rassistischen und nationalistischen Position münden muss.

Während die Linke sich so beharkt, kehren die Menschen einer Politik den Rücken, die es nicht vermag, in den falschen Alternativen nationaler Staatlichkeit, die sich vorrangig der kulturellen Identitätsbildung und -sicherung verschrieben hat, und kosmopolitischer Weltstaatlichkeit, die den Nationalstaat a priori als Teil des Problems und nicht der Lösung bei der Realisierung sozialer Gerechtigkeit versteht, das Richtige zu tun: Beide Kämpfe zu verbinden, die Kräfte nicht gegeneinander zu richten, sondern so zu kombinieren, dass sichtbar wird, dass es sich um zwei Anliegen derselben Gerechtigkeit handelt.

Zwei Anliegen der Gerechtigkeit

Ironischerweise hat gerade der von Albrecht Koschorke als Verantwortlicher für die normative Verunsicherung so scharf kritisierte Jacques Derrida genau diese Dilemmata linker Politik schon vor zwanzig Jahren erkannt und eine Verbindung kultureller Identitäts- und sozialer Gerechtigkeitspolitik angemahnt. In einem Interview mit Thomas Assheuer 1998 in der ZEIT betont er, dass es gerade nicht darum zu tun sei, zwischen den Anliegen von kultureller Identität und sozialer Gerechtigkeit zu wählen. Es handele sich um zwei Anliegen der Gerechtigkeit, um zwei Antworten auf Unterdrückung und Gewalttätigkeiten durch politische und soziale Ungleichheit. Und in beiden Fällen, so formulierte das Derrida, „würde die wirkliche Verantwortlichkeit eines intellektuellen Engagements darin bestehen, alles zu tun, um den bestehenden Rechtszustand in beiden Bereichen zu verändern.“ Es gelte, „ausgehend vom einen, hin zum anderen, dem Kulturellen und dem Sozialen, neue Rechte zu erfinden. Selbst dann, wenn diese Rechte stets unangemessen bleiben, gegenüber dem, was ich Gerechtigkeit nenne.“

Derrida formuliert hier extrem verdichtet die normative Orientierung an zwei Anliegen der Gerechtigkeit. Will die Linke aus der Tristesse herauskommen, wird sie diese Diagnose bedenken, die gemeinsame normative Basis ihrer Lager reflektieren und die von Derrida beschriebenen Anliegen als gemeinsame Anliegen der Gerechtigkeit verstehen müssen.

Jacques Derrida, Judith Butler, Michel Foucault, Gilles Deleuze und auch postkolonial geprägte Denkerinnen wie Gayatri Spivak oder Amy Allen argumentieren explizit normativ. Ihr gesamtes Engagement richtet sich gegen die selbstgerechte Überhöhung eines eurozentrischen Universalismus der Vernunft. Es geht ihnen gerade darum das Nichtfaktische in der angeblichen

Faktizität zu dechiffrieren, Unhinterfragtes zu hinterfragen, Selbstverständlichkeiten aufzubrechen. Die Dekonstruktion suspendiert die Frage nach Wahrheit und Gerechtigkeit daher gerade nicht, sondern radikalisiert sie: Wahrheit und Gerechtigkeit sind „im Kommen“, nie erreichbar, sie zu erzielen, ist ständiges Ringen, Stachel im Fleisch der Gesellschaft.

Die Dekonstruktion macht dabei sichtbar, dass jede Normativität eine zunächst einmal grundlose Setzung ist. Das betrifft in der Konsequenz freilich auch das Festhalten an einem emanzipatorischen Freiheitsbegriff. Das bedeutet aber nicht, dass man sich von diesen Idealen verabschieden müsste, sondern hat zur Folge, dass man das Eintreten für sie als das versteht, was sie ist: Nicht als Urteil eines Weltphilosophiegerichts über die Maßeinheiten der globalen Gerechtigkeit, sondern als philosophischen Beitrag zur rechtspolitischen Auseinandersetzung um eine gerechte Gesellschaftsordnung. Beispielhaft für eine solche Intervention ist Derridas Bekenntnis zum klassischen emanzipatorischen Ideal, das, so schreibt er in der „Gesetzeskraft“, gerade kein Relikt einer überkommenen Gesellschaftsordnung darstelle.

Nichts scheint, und das ist der normative Punkt, den eine akademische Linke nicht stark genug betonen kann und muss, dringlicher als die Realisierung des von Karl Marx in der Einleitung zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie formulierten „kategorischen Imperativs“, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Natürlich ist der Unterschied solchen Denkens im Vergleich zum Vorgehen einer europäischen Moralphilosophie eine Welt. Anders als Ansätze in der Tradition eines Jürgen Habermas oder eines Rainer Forst behauptet die postmoderne Kritik nicht im Besitz einer Formel zu sein, über die sich Gerechtigkeit philosophie-syllogistisch kalkulieren und berechnen ließe. Das ist aber nicht Schwäche, sondern Stärke des Ansatzes, der die radikale Öffnung zum Anderen einfordert, ohne diese Öffnung mit hegemonialen Spielregeln vermeintlich herrschaftsfreier Diskurse oder Rechtsfertigungssettings gleich wieder so zu verschließen, dass als Teilnehmende nur solche Personen in Frage kommen, die der Vorstellung der Vernunftbegabung eurozentrischer Universalisten entsprechen. Und es ist dies auch der Punkt an dem French Theory und Kritische Theorie der Frankfurter Erstgeneration kulminieren: Menschsein erschöpft sich nicht in der Existenz als vernünftige Person. „Human“, schrieb der Philosoph Theodor W. Adorno in der Negativen Dialektik, „sind die Menschen nur dort, wo sie nicht als Personen agieren und gar als solche sich setzen.“

Transnationale Konstellation

Postmoderne Philosophie insistiert auf der Realisierung des emanzipatorischen Ideals der Menschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit. Wer sie als Wegbereiter der Realpolitik und Wissenschaftsfeindlichkeit der neuen Rechten diffamiert, weil sie egalitären Universalismus durch radikale Alterität ersetzt, verkennt die normative Orientierung, die sich in dieser Konzeption verbirgt und die Jacques Derrida in unzähligen Beiträgen ausbuchstabiert hat als eine Forderung nach einer transnationalen Rechtspolitik, die sich dadurch auszeichnet, dass sie die staatliche und die überstaatliche Ebene politischer Gestaltung zugleich adressiert.

Derridas Forderung nach einer „transnationalen“ – und gerade nicht nur nationalen oder kosmopolitischen – Rechtspolitik verbindet also die beiden Anliegen der Gerechtigkeit und erfordert differenziertes und konzertiertes Vorgehen: Nur wenn man sowohl die Hindernisse beseitigt, die auf nationaler, supranationaler und internationaler Ebene zugleich einer humanen Politik im Wege stehen, nur wenn man die beiden Anliegen der Gerechtigkeit in allen Arenen

transnationaler Rechtspolitik zur Geltung bringt, nur wenn man kulturelle Identität und soziale Gerechtigkeit mit Jacques Derrida nicht als Gegensatz, sondern als zwei Seiten derselben Medaille begreift, öffnet sich der Raum der (Un-)Möglichkeit der Gerechtigkeit.